

Brenke, Karl

**Article**

## Das Integrationsgesetz - nur viel Rauch

DIW Wochenbericht

**Provided in Cooperation with:**

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

*Suggested Citation:* Brenke, Karl (2016) : Das Integrationsgesetz - nur viel Rauch, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 83, Iss. 16, pp. 372-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/130728>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

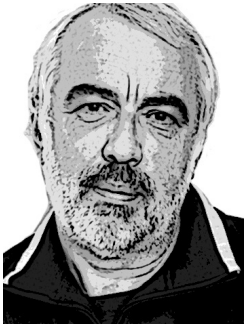
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



Karl Brenke, Wissenschaftlicher Referent  
im Vorstandsbereich des DIW Berlin  
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors  
wieder.

# Das Integrationsgesetz – nur viel Rauch

---

Das willkommenskulturelle Stimmungshoch ist gewichen, die deutsche Politik ist in die Mühen der Tiefebene abgestiegen. Gerade haben sich die Regierungsparteien auf Eckpunkte eines Integrationsgesetzes geeinigt. Naturgemäß feiern sich die beteiligten Parteien selbst. Der Bremer Bürgermeister spricht sogar von einem „historischen“ Schritt, weil nun endlich Regeln für die Einwanderung aufgestellt würden. Abgesehen davon, dass die Einwanderung nach Deutschland schon längst klar geregelt ist (durch die Freizügigkeit für EU-Bürger, die Blue-Card-Richtlinie für Arbeitskräfte aus Drittstaaten und das Asylgesetz beziehungsweise das Grundgesetz für Asylsuchende), geht es in dem Eckpunktebeschluss überhaupt nicht um Zuwanderung generell, sondern allein um Flüchtlinge. Es mag allerdings sein, dass Zuwanderungspolitik inzwischen mit Asylpolitik gleichgesetzt wird. Überdies: Bei einer gesteuerten Zuwanderungspolitik muss erst gar nicht an Integrationsgesetze gedacht werden – wie die klassischen Einwanderungsländer lehren.

Nach dem Eckpunktebeschluss sollen die Asylbewerber zur Teilnahme an Integrationsmaßnahmen (etwa Sprachkursen) verpflichtet werden. Es ist nicht nur offen, ob der Lernerfolg tatsächlich durch Sanktionen gefördert werden kann, sondern auch, ob überhaupt in hinreichendem Maße die nötigen Kurse bereitgestellt werden können. Denn es ist durchaus sinnvoll, dass Asylbewerber mit einer großen Anerkennungschance möglichst früh die deutsche Sprache lernen. Zum einen bessern sich dadurch ihre Beschäftigungschancen, zum anderen werden Fixpunkte in ihrem Tagesrhythmus gesetzt, der ansonsten durch Nichtstun bestimmt ist. Wenig überzeugend ist dagegen der Plan, den Flüchtlingen Orientierungskurse zur Wertevermittlung anzubieten. Denn Werte sind das Resultat eines Sozialisationsprozesses. Flüchtlinge sind keine leeren Blätter, die sich einfach mit

den gewünschten Werten beschreiben lassen. Wer es dennoch glaubt, ist naiv.

Nachdem erst Anfang letzten Jahres die Residenzpflicht für Asylbewerber weitgehend aufgehoben wurde, soll sie nun für alle Schutzbedürftigen – und somit wohl auch für Personen mit einem Aufenthaltstitel – eingeführt werden. Man will durch deren gleichmäßigere Verteilung eine weitere Ghettoisierung in Regionen mit hoher Unterbeschäftigung verhindern. Das ist in der Tat nötig. Ob sich das Vorhaben aber umsetzen lässt, bleibt abzuwarten. Denn Zuwanderer zieht es dorthin, wo schon viele ihrer Landsleute leben. Aus ökonomischer Sicht wäre eine Einschränkung der Mobilität fatal, denn die Arbeitskräfte sollten dorthin gehen können, wo sich die besten Beschäftigungschancen bieten.

An erster Stelle der Planungen für ein Integrationsgesetz steht ein Arbeitsmarktprogramm, das aber nur in der Schaffung zusätzlicher gemeinnütziger Beschäftigung besteht. Wenn es sich hierbei um sinnvolle Tätigkeiten handelt, könnten sie auch in Form regulärer Jobs ausgeübt werden. Geht es jedoch lediglich um eher nutzlose Beschäftigung, kann man auf sie getrost verzichten. Den Teilnehmern an den entsprechenden Maßnahmen vermitteln sie nur das Gefühl, untergebracht zu sein – nicht aber gebraucht zu werden. Auch lässt sich der Lebensunterhalt nicht mit einem Ein-Euro-Job bestreiten. Aber vielleicht geht es ja um etwas anderes. Im nächsten Jahr sind Bundestagswahlen; eine anziehende Arbeitslosigkeit infolge der Asylwanderung wäre für die Koalitionsparteien nicht gerade schmückend. Und Personen, die an Maßnahmen teilnehmen, werden nicht als Arbeitslose gezählt. Es ginge dann um ein Programm zur Verschönerung der Statistik. Mit Blick auf die Integration wäre das aber egal, denn sie lässt sich ohnehin nicht erzwingen – auch nicht per Gesetz.

---



DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e.V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
83. Jahrgang

#### Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake  
Prof. Dr. Tomaso Duso  
Dr. Ferdinand Fichtner  
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Dr. Kati Krähnert  
Prof. Dr. Lukas Menkhoff  
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß  
Prof. Dr. Gert G. Wagner

#### Chefredaktion

Sabine Fiedler  
Dr. Gritje Hartmann  
Dr. Wolf-Peter Schill

#### Redaktion

Renate Bogdanovic  
Dr. Franziska Bremus  
Sebastian Kollmann  
Dr. Peter Krause  
Marie Kristin Marten  
Ilka Müller

#### Lektorat

Die beteiligten Institute

#### Pressestelle

Renate Bogdanovic  
Tel. +49-30-89789-249  
presse@diw.de

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 74  
77649 Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. (01806) 14 00 50 25  
20 Cent pro Anruf  
ISSN 0012-1304

#### Gestaltung

Edenspiekermann

#### Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Serviceabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.